

## Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Norbert Kleinwächter, Dr. Harald Weyel, Gerold Otten, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Hannes Gnauck, Martin Hess, Jan Ralf Nolte, Edgar Naujok, Dr. Malte Kaufmann, Jochen Haug, Corinna Miazga, Peter Boehringer, Fabian Jacobi, Barbara Lenk, Karsten Hilse, Leif-Erik Holm, Gerrit Huy, Steffen Janich, Jörn König, Enrico Komning, Tobias Matthias Peterka, Frank Rinck, Stephan Protschka, Ulrike Schielke-Ziesing, Jan Wenzel Schmidt, Jörg Schneider, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Dr. Dirk Spaniel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Ukraine steht die europäische Friedensordnung auf dem Spiel. Aus einem kalten Krieg über die europäische Sicherheitsordnung ist ein heißer Angriffskrieg auf die Ukraine geworden. Die gefährliche Krise ist Folge der schrittweisen Entfremdung zwischen der NATO und Russland. Dieser Krieg markiert das vorläufige Ende einer Eskalationsspirale, die aus einem über acht Jahre andauernden beiderseitigen Bruch der Minsker Abkommen resultiert. Jetzt kommt es darauf an, Wege zu finden, um die Kampfhandlungen unverzüglich zu beenden. Reden statt schießen ist die Devise jeder vernunftgeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik im deutschen Interesse.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für einen sofortigen Waffenstillstand und die Entsendung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen oder der OSZE in die Ukraine einzusetzen, die den Waffenstillstand überwacht und für eine Trennung der Konfliktparteien und die Entwaffnung nicht regulärer Kämpfer auf beiden Seiten des Konflikts sorgt;

2. sich zusammen mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern für strategische Gespräche auf Augenhöhe zur gesamten europäischen Sicherheitsarchitektur mit Russland unter Berücksichtigung der Rüstungskontrolle, Militärbasen und Militärübungen insbesondere im Osten Europas an der Grenze Russlands einzusetzen. Unteilbare Sicherheit für alle – ob NATO- und EU-Mitglied oder nicht – muss die sicherheitspolitische Devise der Bundesregierung werden;
3. Deutschlands Veto einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine von 2008 zu erneuern;
4. die Republik Polen und weitere betroffene Staaten mit allen erforderlichen Mitteln bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu unterstützen.

Berlin, den 26. Februar 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**